

Partizipative Neugestaltung von Schulhausausanlagen am Beispiel der Schulen „Hellwies“ und „In der Höh“ in Volketswil



Abbildung 1: Aussenraum der Schule „in der Höh“

Zusammenfassung

Während früher der Aussenraum der Schule fast ausschliesslich von der Schule selbst genutzt wurde, setzt sich heutzutage immer mehr das Verständnis durch, dass diese Räume von der ganzen Gemeinschaft im Einzugsgebiet der Schule genutzt werden sollten. Die Schülerinnen und Schüler und auch die Sportvereine durften diesen Raum zwar schon in früherer Zeit benutzen, er stand aber nicht oder nur sehr marginal weiteren Nutzern wie Müttern mit Kindern oder jugendlichen und erwachsenen Anwohnerinnen und Anwohnern zur Verfügung. Neu ist auch, dass der Raum nicht nur während des Tages, sondern auch am Abend zur Verfügung stehen soll. Auch das Nutzungsverständnis hat sich verändert. Spielte man im Aussenraum früher vor allem Fussball, wird er heute vermehrt zu einer Art Treffpunkt. Dies hat natürlich auch negative Folgen. Man hört dort Musik, man konsumiert vielleicht auch Alkohol, Tabak und Cannabis oder die Schule kann diesen Konsum zumindest nicht verhindern. Es entstehen unter Umständen beträchtliche Littering- und Lärmprobleme in diesem Aussenraum. Der Hausdienst wird mit zusätzlich Aufgaben konfrontiert. Es braucht neue Regeln und Zuständigkeiten. Damit die Aussenräume dafür soziostrukturell gewappnet sind, muss dieser auch topologisch neue Anforderungen erfüllen. Man denke nur an eine andere Beleuchtung, wenn der Fussballplatz plötzlich am Abend genutzt werden soll. Es braucht neue Funktionseinheiten, zum Beispiel ein Wasserspiel, damit die Primarschüler in einer lebendigen, sich wandelnden Landschaft spielen können. Diese Funktionen und Ziele können partizipativ mitbestimmt werden und schon in die Planung des Aussenraums einbezogen werden.

Der vorliegende Text beschreibt die Ausgangslage, die Rahmenbedingungen, die Organisation und die Vorgehensweise zur Erarbeitung einer partizipativen Neugestaltung von Aussenraum am Beispiel des Umbaus des Schulhauses „In der Höh“. Die oben beschriebenen, zu erwartenden Probleme verweisen allerdings auch darauf, dass ein solches Nutzungskonzept wohl nur der Anfang einer partizipativen Organisation der lokalen Gemeinschaft sein kann, die einen Aussenraum eines Schulhauses solchermaßen nutzen möchte.

Dokumentation des Workshops „Partizipative Aussenraumgestaltung von Schulhausaus-
 senanlagen“ im Rahmen der Netzwerktagung Gesundheitsfördernde Schulen der PHZH vom
 9. Mai 2015

Zusammengestellt für:
 Emilie Achermann
 Leitung Fachbereich Gesundheitsförderung und Prävention
 Pädagogische Hochschule Zürich
 Abteilung Weiterbildung und Beratung
 Lagerstrasse 2, Büro LAA-K034.07
 Postfach
 8090 Zürich

Zusammengestellt von:
 Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland
 Felix Hanselmann
 Gerichtsstrasse 4
 Postfach
 8610 Uster

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage	3
2. Zusammenhang von Gesundheit und Partizipation	3
2.1. Wegweisung im Kontext von Einschluss und Ausschluss.....	3
2.2. Konsum, die ökonomische Dimension.....	4
3. Warum Partizipation?	4
3.1. Organisation der Aussenraumgestaltung	4
3.1.1. Die Arbeitsgruppe Aussenraumgestaltung „In der Höh“	4
3.1.2. Entscheidungsgremium „Gesamtprojektteam“	5
3.2. Nutzungskonzept durch die Nutzer entwickeln	5
3.2.1. Die Befragung von Kindern und Jugendlichen im Vorfeld der Zukunftswerkstatt.....	6
3.2.2. Methode Zukunftswerkstatt	6
4. Durchführung	7
4.1. Zukunftswerkstatt: Die Befragung der unterschiedlichen Nutzergruppen	8
4.2. Bericht: Die Bündelung von Interessen	8
4.3. Feedback im Gesamtprojektteam.....	8
4.4. Ergebniskonferenz: Feedback der strategischen Entscheide	8
4.4.1. Ergebnis.....	8
4.4.2. Adressat / Entscheid.....	8
4.5. Wettbewerb.....	9
5. Gelingensbedingungen – Stolpersteine	9
5.1. Gelingensbedingungen	9
5.2. Stolpersteine.....	9
6. Ausblick	10
7. Bibliografie	10

1. Ausgangslage

Gute Schulbauten sind in zunehmendem Mass nicht mehr nur auf die Funktion der Bildung ausgerichtet. In einem integralen Sinn sind sie Lebens- und Erfahrungsraum für die Schulbeteiligten, öffnen sich aber auch gegenüber dem Quartier oder der Gemeinde. Deshalb wird der Dialog zwischen den pädagogischen, sozialen und räumlichen Disziplinen für die Schulentwicklung immer wichtiger.

2. Zusammenhang von Gesundheit und Partizipation

Die Gemeinschaft stärkt Schutzfaktoren¹ und reduziert Risikofaktoren². Die spontane Gemeinschaft im öffentlichen Raum wirkt suchtpreventiv. Allerdings nur, wenn sie Einschluss und Ausschlussmechanismen von Statusgruppen beachtet. Dieses Potenzial zum Einschluss und Zusammenwirken einer Nutzergemeinschaft auf das gemeinsame Ziel hin die Nutzung dieses Raums möglichst allen interessierten Gruppen zu ermöglichen, ist deshalb das zentrale Kriterium für Gesundheit im öffentlichen Raum.

2.1. Wegweisung im Kontext von Einschluss und Ausschluss

Einschluss und Ausschluss werden dabei als multidimensionale, relationale und interaktive Prozesse verstanden. Im öffentlichen Raum manifestieren sich zum einen individuelle Denk- und Handlungsmuster. Wie ich den öffentlichen Raum nutze, hat direkt mit meinem Lebensstil zu tun. Dieser Lebensstil markiert den „sozialen Ort“³, verweist also auch auf den Status eines Menschen oder einer Gruppe. So offenbaren sich im sozialen Raum soziale Ungleichheiten aufgrund verschiedener Verteilung von Ressourcen und diese werden sozialstrukturell stabilisiert (Litscher 2012, S. 20)⁴. Das ist ein häufiger Grund für Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum. Deshalb müssen Ausschlüsse und Ausschlussgefährdungen anhand dieser soziokulturellen Dimensionen analysiert werden. Entlang diesen Dimensionen verläuft nämlich auch die statusbedingte Schichtung. Armut als Spezialfall bedeutet darum beispielsweise einen doppelten Ausschluss, Arme Leute sind weder Konsumenten noch Produzenten und deshalb doppelt überflüssig und doppelt ausgeschlossen. Wird wie in der momentanen Praxis, das Ordnungs- und Sicherheitsbedürfnis höher als der Freiheitsschutz gewichtet, kommt es ohne Reflexion zu Ausschlüssen entlang einer Ungleichheitslogik (ebd.). Beckett (1997) weist hierfür auch darauf hin, dass es nicht nur den Zusammenhang von gefühlter Unsicherheit und dem Ruf nach Ruhe und Ordnung gibt (vgl. Liska 1992), sondern auch einen Zusammenhang von *Law and Order* Programmen und ausgelösten Ängsten in der Öffentlichkeit⁵. Wie auch aus konkreten Erfahrungen in solchen öffentlichen Räumen bekannt ist, können mit solchen Law and Order Programmen alleine Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum auch nicht gelöst werden. Es braucht weitere Massnahmen wie Nutzungsregeln und bauliche Massnahmen,

¹ Als Schutzfaktoren werden hier Umstände bezeichnet, die dazu führen eine mögliche Suchtentwicklung zu verhindern. Zum Beispiel die soziale Kontrolle von anderen Nutzern durch ihre Anwesenheit.

² Als Risikofaktoren werden hier individuelle Konsumgewohnheiten von Substanzen bezeichnet, die eine Suchtentwicklung möglich machen. Zum Beispiel Rauchen, Trinken oder Kiffen im öffentlichen Raum durch Jugendliche oder Erwachsene.

³ Mit sozialem Ort ist nach Bourdieu sein gesellschaftlicher Status gemeint.

⁴ Während die eine Gruppe den öffentlichen Raum zum Kiffen und Musikhören nutzen möchte, tun dies Andere um Sport zu treiben. Während die erste Gruppe für ihre Zwecke geschützte Nischen braucht, benötigen die Anderen eine Flutlichtanlage. Beide Gruppen brauchen aber tolerante Nachbarn.

⁵ Es ist zu vermuten, dass ohne die bewusste Strukturierung des Gebrauchs des öffentlichen Raums und Integrationsbemühungen der Gemeinwesenarbeit eine positive Rückkoppelung zwischen getroffenen, den Ausschluss fördernden Massnahmen, und gefühlter Unsicherheit entsteht. Diese kann sich wiederum sowohl negativ auf Integration und Diversität, als auch auf das Sicherheitsgefühl auswirken. Der Platzspitz und seine Räumung sind ein Beispiel für einen solchen Teufelskreis der sich laufend selber verstärkt, bis er durch die Vier-Säulenpolitik unterbrochen wurde.

sowie Beratung und Therapie für gefährdete Personen, die im öffentlichen Raum sichtbar werden. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass das subjektive Unsicherheitsgefühl meist aufgrund medialer und populärpolitischer Aufbereitung geschürt wird und Randgruppen (allg. ausschussfähige Gruppen) als Projektionen für vermeintliche Ängste dienen können (Litscher 2012, S. 22). Es geht daher darum alle Nutzerinnen und Nutzer an einen Tisch zu bringen.

2.2. Konsum, die ökonomische Dimension

Die Rolle des Konsums verweist dabei ebenfalls auf geprägte Lebensstile, das heisst auf unterschiedliche Verständnisse in der Nutzung und sozialen Differenzierung im Raum (ebd.). Dazu gehört auch der Verstoss gegen die sogenannten „guten Sitten“ wie Suchtmittelkonsum und Littering, Lärm etc. mit dem der Ausschluss jederzeit moralisch erklärt werden kann (ebd.). Zu den Mechanismen hierzu ist vor allem die Studie von Reiners et al. (2006) zu erwähnen. Gewisse Gruppen stellen die gängigen Lebenskonzepte so sehr in Frage, dass sie als Fremd ausgegrenzt werden (ebd., S. 26). Es handelt sich dabei sehr oft um Gruppen von Jugendlichen, die schwer für Partizipationsprozesse zu motivieren sind und die meistens sehr mobil und heterogen organisiert sind. Werden sie in ihrer Anonymität gestört, suchen sie oft neue Nischen und Orte zum Verweilen auf. Was aber nicht unbedingt heisst, dass sie in solchen Aussenräumen nachher nicht mehr „stören“.

3. Warum Partizipation?

Partizipation beugt diesen Phänomenen vor, weil in lokalen Nutzungsgemeinschaften unterschiedliche Lebenskonzepte zusammentreffen und die geführte Moderation darauf abzielt, die Unterschiede zu vereinbaren oder zumindest potenzielle Konflikte mittels geeigneten Regeln zu entschärfen. Die Schule Volketswil entschied sich, aufgrund dieser Ausgangslage, für eine partizipative Aussenraumgestaltung. Der Partizipationslevel sollte mindestens einer der Mitwirkung (Stufe 6)⁶ sein. Man erhoffte sich damit, nicht nur die Betroffenen zu Beteiligten zu machen, sondern auch die bestehenden Nutzungskonflikte (Lärm, Littering) zu entspannen.

3.1. Organisation der Aussenraumgestaltung

Die Aussenraumgestaltung in Volketswil war folgendermassen organisiert:

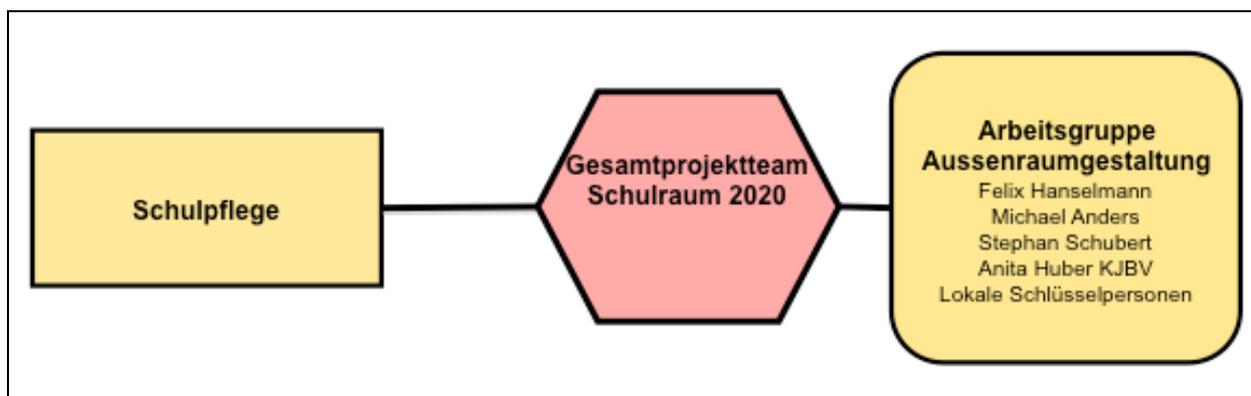


Abbildung 2: Strukturdiagramm Aussenraumgestaltung

3.1.1. Die Arbeitsgruppe Aussenraumgestaltung „In der Höh“

Die Arbeitsgruppe Aussenraumgestaltung stellte die Nutzerinnen und Nutzer des Aussenraums ins Zentrum. Dies waren in erster Linie die Beteiligten der Schule (Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler, etc.), aber auch die direkten Anwohner und

⁶ Mit Mitbestimmung wird die erste Stufe von eigentlicher Partizipation nach Hart 1992 benannt.

weitere Beteiligte. Diese nutzten die Anlage in der Freizeit, respektive waren von der Nutzung tangiert. Dann waren aber auch weitere Beteiligte wie die Sportvereine und Interessenvertreter wie die Elternmitwirkung, Kindertagesstätten oder auch der Naturschutzverein angesprochen. Dieser brachte sich zum Beispiel ein, um bei der Neugestaltung die Verwendung von einheimischen Pflanzen sicherzustellen. Jugendliche, welche den Raum in der Freizeit nutzten, waren leider nur durch eine Vertretung der Kinder- und Jugendarbeit mitbeteiligt. Damit konnte ein wesentliches Konfliktpotenzial nicht aktiv miteinbezogen werden. Dies hatte einerseits damit zu tun, dass die Jugendarbeiter relativ neu waren und andererseits sich diese Jugendlichen nicht unbedingt in diese Neugestaltung einbeziehen lassen wollten. Indem wir die verantwortliche Jugendarbeiterin einbezogen, konnte das Problem der Nichtintegration wenigstens zum Teil angegangen werden.

3.1.2. Entscheidungsgremium „Gesamtprojektteam“

Da der Aussenraum der Schule in Volketswil zur Schulgemeinde Volketswil gehört, hat auch die Schulbehörde grundsätzlich die Entscheidungskompetenz über die letztendliche Gestaltung. Das war sicher ein wichtiger Grund, dass nicht eine umfassendere Partizipationsstufe gewählt werden konnte. Der Auftrag der Schule ist primär die Volksschulbildung im Einzugsgebiet zu gewährleisten und erst dann weitere Aufgaben wie die Öffnung gegenüber dem Quartier wahrzunehmen. Die Gemeinde war ebenfalls vom Vorhaben der partizipativen Gestaltung betroffen, weil sie wichtige Infrastrukturen (Zufahrtswege, etc.), Verkehrsordnungen, sowie generell Ordnungs-, sowie Gemeinwesendienste (Gemeindepolizei, Sozialarbeit, Gemeinwesenarbeit) zur Verfügung stellte. Eine veränderte Nutzung betrifft diese Strukturen und Aufgaben in der Regel direkt (z.B. mögliche Nachtbeleuchtung des Fussballfeldes, Lärm durch Treffpunktfunktion des Aussenraums, etc.). Des Weiteren gehörte dem Gremium ein Raumplanungsbüro an, das den Wettbewerb⁷ für die Aussenraumgestaltung organisierte.

3.2. Nutzungskonzept durch die Nutzer entwickeln

Soll ein Nutzungskonzept den Bedürfnissen der Nutzergruppen wirklich entsprechen, müssen deren Bedürfnisse auch in geeigneter Form einfließen können. Zu empfehlen ist, wie angesprochen, ein Partizipationslevel⁸ der gewährleistet, dass sich die Nutzergruppen ernstgenommen fühlen und entsprechend bereit sind mitzuwirken. Der Aufwand für diese basisdemokratische Vorgehensweise hält sich mit dieser Stufe in vertretbaren Grenzen. Zentrales Instrument bei dieser Vorgehensweise ist die Gründung der aus dem Strukturdiagramm ersichtlichen Arbeitsgemeinschaft (AG) Aussenraum. Diese besteht aus Mitgliedern der verschiedenen Nutzergruppen. Diese Arbeitsgruppe bestand temporär, bis zur Ausschreibung des Wettbewerbs durch die Raumplaner / Architekten. Sie könnte aber auch den gesamten Bauprozess von der Planung bis zur Umsetzung begleiten. Die Möglichkeit für ein erneutes Zusammentreten der Arbeitsgemeinschaft AG-Aussenraum ist dementsprechend offen und noch nicht abschliessend entschieden. Die Organisation ermöglichte eine Trennung der Interessen der Nutzer und den Interessen der Schule, die durch das Gesamtprojektteam wahrgenommen wird. Die beiden Interessen müssen immer wieder gegeneinander abgewogen und miteinander ausgehandelt werden.

⁷ Der Auftrag für die Neugestaltung wurde von der Schulgemeinde initiiert. Aufgrund der demografischen Entwicklung mussten die Schulplätze vergrössert werden. Dazu gehörte eine Neugestaltung des Aussenraums dieser Schulhäuser. Der Projektkredit wurde vom Stimmvolk 2011 bewilligt. Es musste nun ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben werden, zu dem auch die Aussenraumgestaltung gehörte. Das Steuergremium wurde Gesamtprojektteam genannt.

⁸ Eine genauere, diesbezügliche Unterscheidung findet sich neben Hart 2008 (1992) zum Beispiel bei Lüttringhaus 2003, der bezüglich Partizipation staatliche Teilhabe und Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger unterscheidet. Weil das keine egalitären Partner sind, muss das Verhältnis in der Organisation des Partizipationsprozesses abgebildet sein. Es ist dabei eine möglichst weitgehende Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger zu empfehlen, weil nur das ein Engagement sicherstellen kann.

3.2.1. Die Befragung von Kindern und Jugendlichen im Vorfeld der Zukunftswerkstatt

Die Befragung von Kindern und Jugendlichen machte eine altersgerechte Methode zur Erhebung des Ist-Zustandes und ihrer Wünsche (Soll-Zustand) nötig.⁹ Diese unterschied sich je nach Alter und Zielgruppe. Eine altersgerechte Erhebung benötigte vorab auch altersgerechte Informationen an die Zielgruppe über das Projekt und ihre Aufgabe, sowie über die Kompetenzen dieser Gruppen bei der Ausarbeitung der Aussenraumgestaltung. So wurde sichergestellt, dass diese beiden Nutzergruppen in der Zukunftswerkstatt das nötige Gewicht erhielten.

Kindergarten:

Im Kindergarten informierte man altersgerecht und liess die Kinder Zeichnungen mit Spielgeräten oder auch gewünschten Räumen zeichnen. An einem Halbtage erklärte mir jedes Kind seine Zeichnung. Ich dokumentierte die Zeichnungen, fragte nach, strukturierte und ordnete die Anliegen. Sie flossen erst nach der Zukunftswerkstatt in den Bericht mit ein.

1. – 3. Klässler

Die jüngsten Primarschüler im Schulhaus „In der Höh“ beteiligten sich aus Zeitgründen nicht an der Befragung.

4. – 6. Klässler

Die 4. – 6. Klässler wurden durch die Lehrpersonen befragt. Im Unterricht wurden ihre Wünsche in Form von freiem Nachdenken über die Dinge, welche sie in diesem Aussenraum unternehmen wollten oder sich wünschten, gebündelt und strukturiert. Es wurden Klassenvertreter gewählt, die zusammen mit einer Lehrperson ihre Anliegen an der Zukunftswerkstatt vorstellten.

Oberstufe

Im ersten Schritt (IST) wurde eine Begehung im Aussenraum Schulhaus „In der Höh“ gemacht. Orte, welche gefielen und an denen die Jugendlichen sich wohlfühlten, wurden Fotos durch einen Bilderrahmen gemacht. Plätze, welche nicht gefallen, wurden durch einen Bilderrahmen mit einem Absperrband (gleich durchgestrichen) gemacht.

Im zweiten Schritt (IST) wurden diese A4-Fotos ausgedruckt und auf Flipcharts geklebt. Auf den Flipcharts wurde dokumentiert, was einem weshalb gefällt und was warum nicht.

Im dritten Schritt (SOLL) wurden weitere Wünsche und Bedürfnisse formuliert und erfasst. Dies wurde der Reihe nach mit einem „Blitz-Licht“ getan. Es wurden in dieser Altersgruppe wiederum „Delegierte“ gewählt, die diese Anliegen, zusammen mit einer Lehrperson, an der Zukunftswerkstatt vorstellten.

3.2.2. Methode Zukunftswerkstatt

Grundsätzlich bieten sich für die Befragung von Erwachsenen viele Methoden an. Die Zukunftswerkstatt¹⁰ ist jedoch eine etablierte, wirkungsorientierte Methode. Die Methode umfasst drei Hauptphasen. Nach neuerer Literatur (Jungk 1993) gehört auch eine Vorphase hinzu.

⁹ Zwar ist die Zukunftswerkstatt eine Methode, die sich sehr gut für Kinder und Jugendliche eignet. Jedoch entsteht eine asymmetrische Situation, wenn Kinder, Jugendliche und Erwachsene an einer Zukunftswerkstatt gemeinsam Ideen entwickeln. Die Erwachsenen, so die Befürchtung, würden die Kinder und Jugendlichen dominieren. Also entschloss man sich den Kindern und den Jugendlichen einen Überlegungsvorsprung zu geben und diese wurden mit Hilfe von Lehrpersonen strukturiert und auf die Präsentation vorbereitet.

¹⁰ Jungk 1993 zielt mit der Methode auf den Möglichkeitsraum ab. Es wird zwar zuerst auf den Zustand geschaut, wie er zu Beginn ist. Wichtig ist aber, mittels Phantasie Wünsche und gar Utopien zu formulieren, die einen Möglichkeitsraum eröffnen. Die Ideen werden dann mit unterschiedlichen Instrumenten im weiteren Verlauf wieder auf den Boden der Realität zurück gebracht. So entstehen pragmatische Lösungen nicht von Beginn weg, sondern nach einer Phase der Utopien, was den Verlauf von Ideen in wichtiger Weise beeinflussen kann.

Vorphase: Beginnen / Hineinfinden

Hier wird die Gruppe „gegründet“, eine gute Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens geschaffen. Dazu gehören eine ungezwungene Gruppenstimmung zu begünstigen, die thematischen Interessen auszuloten und die methodische sowie zeitliche Planung der Zukunftswerkstatt offenzulegen. Das wurde in unserer Zukunftswerkstatt mit einer Erklärung des Projekts und einem Modell des neuen erweiterten Schulhauses gemacht, das neben dem neu entstehenden Aussenraum geplant war. Die Anwesenden wurden nach Interessen gruppiert.

Phase 1: Beschwerde / Kritik

Hier werden von den Teilnehmern Unmut, Kritik und negative Erfahrungen zum gewählten Thema geäussert. Dies sollte möglichst frei von Zwängen sein. Es geht dabei weniger um eine Analyse der Probleme, als um eine Bestandsaufnahme für die Weiterarbeit. Es bietet sich ein Brainstorming auf Kärtchen an, die dann, wie bei der Moderationsmethode, nach Themen geordnet werden. Konkret wurde gefragt, was am bestehenden Aussenraum schlecht ist. Das wurde auf Flipcharts notiert und im Plenum vorgestellt.

Phase 2: Phantasie / Utopie

Hier ist die Kreativität jedes einzelnen gefragt. Man soll das Utopische denken. Ein Anfangssatz wäre z. B.: „Es wäre schön, wenn ...“. Killerphrasen wie „Das ist doch unmöglich!“ sind dabei unbedingt zu vermeiden. Hier darf und soll fantasiert werden. Es bietet sich wieder ein Brainstorming auf Moderationskarten an, die dann, wie bei der Moderationsmethode, nach Themen geordnet werden. Die Teilnehmenden wurden gefragt, was sie sich im neuen Aussenraum wünschten. Diese Punkte notierten sie wiederum auf Flipcharts und stellten ihre Resultate im Plenum erneut vor.

Phase 3: Verwirklichung / Praxis

Hier werden die ersten beiden Phasen verknüpft. Es muss abgeschätzt werden, was realisierbar ist. Es bietet sich eine Gruppenarbeit und die Hinzuziehung qualifizierter Fachleute an. Andere Moderationsteams verzichten auch hier bewusst auf externe Fachleute, sondern sehen die Teilnehmenden selbst als Expertinnen und Experten in der Sache an. Verschiedene Verfahren zur Projektplanung, zur Durchsetzung von (gesellschaftlicher) Veränderung und zur Qualifizierung in der Anwendung zyklischer Gruppenprozesse können hier eingeübt werden. An unserem Workshop wurde gefragt, welche Massnahmen konkret nötig sind, um die oben notierten Missstände zu beheben und die Wünsche zu realisieren. Die Synthese, die wiederum im Plenum vorgestellt wurde, geschah in zwei Schritten. Erstens wurden mittels Massnahmen Kritik und Wünsche zusammen geführt. Zweitens wurden diese Massnahmen priorisiert.

Nachbereitung

Die Ziele, Vorgehensweisen und Ergebnisse wurden noch einmal kurz zusammengefasst und eingeordnet. Unter der Überschrift: „Wie geht es weiter?“ wurde über den Fortgang des Projekts informiert. Der Termin der Ergebniskonferenz wurde bekannt gegeben. Dort sollte über die Beurteilung durch das Gesamtprojektteam informiert werden und gegebenenfalls die Möglichkeit bestehen, darauf zu reagieren. Am Ende gaben die Teilnehmer ein Feedback zur Veranstaltung.

4. Durchführung

Nachdem die Strukturen auf das Ziel, die partizipative Entwicklung, ausgerichtet worden waren, nachdem eine Gruppe von Schlüsselpersonen ausgewählt worden war und die Methoden zur Umsetzung gewählt worden waren, wurde eine Informationsveranstaltung

durchgeführt und die Schlüsselpersonen wurden eingeladen, um die partizipative Entwicklung des Nutzungskonzepts öffentlich zu machen. An dieser Veranstaltung wurden viele wichtige Beteiligte für die Prozessbegleitung gewonnen und für die Zukunftswerkstatt rekrutiert. Gleichzeitig fanden die Befragungen der Schülerinnen und Schüler, als Vorbereitung auf die Zukunftswerkstatt, statt.

4.1. Zukunftswerkstatt: Die Befragung der unterschiedlichen Nutzergruppen

Im Rahmen einer Zukunftswerkstatt wurde die momentane Situation ressourcenorientiert skizziert. Die Beteiligten konnten sich mit ihren Anliegen einbringen und Ideen für die Lösung allfällig bestehender Probleme entwickeln. An dieser Veranstaltung wirkten auch die institutionellen Akteure (Elternmitwirkung, Nachbarschaftsvertreter), sowie Vertreter der verschiedenen Behörden (Schulverwaltung, Schulpflege, Polizei, KJAD, etc.) und natürlich die Kinder und Jugendlichen der Schule, inklusive Vertreter der Lehrpersonen mit. Am Ende der Veranstaltung wurden die wichtigsten Punkte zusammengefasst und das weitere Vorgehen erklärt.

4.2. Bericht: Die Bündelung von Interessen

Die Ergebnisse dieser Zukunftswerkstatt wurden schlussendlich in einem Bericht zusammengefasst und publiziert.

4.3. Feedback im Gesamtprojektteam

Der Bericht wurde dann im Gesamtprojektteam¹¹ vorgestellt und diskutiert. Dieses beurteilte die Wünsche und Vorschläge und fällte strategische Entscheidungen zu ihrer Umsetzung. Die auf solche Weise vernehmlasseten Resultate aus der Zukunftswerkstatt wurden dann zurück in die Ergebniskonferenz gespiessen.

4.4. Ergebniskonferenz: Feedback der strategischen Entscheide

Auf der Grundlage des Berichts und der Rückmeldungen dazu, wurden Ideen für die konkrete Umsetzung wieder an die Nutzerinnen und Nutzer kommuniziert und von diesen diskutiert und weitgehend ratifiziert. An dieser Veranstaltung waren wiederum die verschiedenen beteiligten Nutzergruppen und die Anwohner, sowie die institutionellen Akteure und Behördenmitglieder beteiligt. Es wurden kurzfristige und langfristige Massnahmen bekannt gemacht. Diese stiessen mehr oder weniger auf Zustimmung.

4.4.1. Ergebnis

Es lag jetzt ein Konzept vor, welches die spezifischen Ansprüche der verschiedenen Nutzergruppen im Pausenbereich und im weiteren Schulareal optimal berücksichtigte. Dieses Ergebnis wurde wiederum dokumentiert und an alle Beteiligten verschickt. Ziel des Prozesses war, möglichst viele Nutzungskonflikte zwischen verschiedenen Nutzergruppen bereits in dieser Phase anzugehen und wenn nicht zu lösen, doch zumindest stark zu entschärfen.

4.4.2. Adressat / Entscheid

Der Adressat des Ergebnisses, in diesem Fall das Gesamtprojektteam Schulraum 2020 Volketswil, bewilligte das durch die Nutzerinnen und Nutzer vernehmlassete und von diesen

¹¹ Das Gesamtprojektteam war aus Schulverwaltung, einer Vertretung der Schulpflege, des Immobilienmanagements, der Raumplanung und der Architekten, welche den Wettbewerb vorbereiteten, zusammengesetzt.

verabschiedete Konzept der Schulanlage „In der Höh“. Es wurde die Grundlage für die Ausschreibung des Wettbewerbs durch die Raumplaner/Architekten.

4.5. Wettbewerb

Der Bericht wurde anschliessend an diesen Prozess veröffentlicht und floss durch die Organisatoren des Wettbewerbs direkt als Vorgabe in den jurierten Wettbewerb ein.

5. Gelingensbedingungen – Stolpersteine

5.1. Gelingensbedingungen

- Der partizipativen Entwicklung von Nutzungskonzepten im öffentlichen Raum muss ein „policy“ – Prozess vorausgehen, der diese Art der Entwicklung ausdrücklich wünscht.
- Die Partizipationsstufe muss geklärt sein und die Begründung dafür sollte transparent gemacht werden. Die übergeordneten Interessen müssen geklärt sein.
- Die strukturellen Voraussetzungen für den Prozess müssen im Vorfeld geklärt werden. Wichtig bei einem partizipativen Vorgehen ist die Teilung in Entscheidungsträger und Beteiligte. Die Aufteilung in Entscheidungsträger und Beteiligte hilft unrealistische Vorstellungen zu verhindern und führt, mit gewichtigen Argumenten wie Kosten oder übergeordneten Rahmenbedingungen oder Zielen, realistische Voraussetzungen für den Prozess ein, sodass alle Beteiligten wissen woran sie sind.
- Es sollen möglichst alle Nutzer in den Prozess einbezogen werden. Dies kann durch gezielte Informationen gelingen. Falls es (Rand-)Gruppen gibt, die nicht in den Prozess eingebunden werden können, ist zu überlegen, wie diese Interessen trotzdem berücksichtigt werden können.
- Der zeitliche Rahmen muss festgelegt sein. Es ist sinnvoll das Projekt so zu etappieren, dass die freiwillig beteiligten Nutzerinnen und Nutzer nicht das Interesse verlieren.
- Es müssen zeitliche und finanzielle Ressourcen vorhanden sein, um den Prozess extern zu coachen.
- Es muss ein potenzieller Nutzungsgewinn für alle Beteiligten entstehen.

5.2. Stolpersteine

- Alle Beteiligten müssen bekannt sein und sie müssen erreicht werden können. Die notwendige Vernetzung dafür muss sichergestellt sein.
- Es braucht eine Projektkoordination vor Ort, die auch Anlaufstelle sein kann.
- Die Beteiligten müssen die Rahmenbedingungen des Projektes wie den Start, den Ablauf und die Entscheidungskompetenz kennen, damit sie ihr eigenes Engagement beurteilen können. Man arbeitet in der Regel nur freiwillig, wenn man auch einen Gewinn daraus ziehen kann.
- Die Zeit muss vorhanden sein, um möglichst alle Beteiligten ins Boot zu holen und die Vorarbeiten und die Zukunftswerkstatt effektiv durchführen zu können (Vorlauf und Planung sind zentral).
- Grössere Nutzungs- oder Interessenkonflikte können zu einer gefühlten Unvereinbarkeit führen und den Prozess blockieren oder scheitern lassen (z.B. Nachbarn mit Privateigentum in unmittelbarer Nähe, die beispielsweise auf

Nachruhe, Sicherheit und Ordnung pochen). Es muss bei bereits bestehenden Problemen überlegt werden, wie ihnen pragmatisch begegnet werden kann.

- Es sollten auch Nutzergruppen in den Prozess einbezogen werden, die den Aussenraum in weniger akzeptierten Art und Weise nutzen. Angesprochen sind Jugendliche und Erwachsene, die in diesem Raum Party feiern und entsprechende Substanzen konsumieren wollen. Es ist nicht möglich diese Gruppen zu ignorieren. Es ist aber auch nicht unbedingt möglich, sie zu Beteiligten zu machen. Es muss überlegt werden, wie mit diesen Aspekten umgegangen werden kann.

6. Ausblick

Es wurde bereits an der Zukunftswerkstatt sichtbar, dass Nutzungskonflikte im Aussenraum des Schulhauses „In der Höh“ bestehen. Nun sind gute Grundlagen vorhanden, um raumplanerisch auf die veränderte Nutzungssituation in diesem Aussenraum einzugehen. Die bestehenden Probleme können aber langfristig nur angegangen werden wenn es möglich wird, sich partizipativ neue Regeln für die Nutzung dieses Aussenraums zu geben. Das wirkt nicht nur suchtpreventiv, sondern hilft auch Kosten zu sparen. Dies aber nur dann, wenn es möglich wird (Rand-)Gruppen zu integrieren, die diesen Raum in ihrer Freizeit nutzen möchten. Dies ist eine spannende Herausforderung und daraus kann insgesamt eine ganz neue Art der Gemeinwesenarbeit werden.

7. Bibliografie

- Beckett, Katherine (1997): Making crime play: Law and order in contemporary american politics. New York: Oxford University Press.
- Flury, Martin (2011): Die Stadt Zug als Nährboden für Gentrifizierung? Demographische und bauliche Untersuchungen zur Problematik der Verdrängung der einkommensschwächeren Gruppen. Masterarbeit Geografisches Institut Universität Zürich.
- Hart, Roger A. (1992): Children's Partizipation. The Theory and Practice of Involving Young Citizens in Community Development and Environmental Care. New York: Routledge.
- Holm, Andrej (2010): Wir bleiben alle! : Gentrifizierung - städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung. Münster: Unrast.
- Jungk, Robert, Müllert, Norbert R. (1993): Zukunftswerkstätten - Mit Phantasie gegen Routine und Resignation. 3. Auflage 1993. München: Wilhelm Heyne Verlag.
- Krajewski, Christian (2006): Urbane Transformationsprozesse in zentrumsnahen Stadtquartieren - Gentrifizierung und innere Differenzierung am Beispiel der Spandauer Vorstadt und der Rosenthaler Vorstadt in Berlin. Diss. Univ. Münster, 2003.
- Liska, Allen, E. (1992): social threat, social control. New York: State University of New York Press.
- Litscher Monika, Grossrieder Beat, Mösch Payot Peter, Schmutz Marco: Wegweisung aus öffentlichen Stadträumen (2013): Wegweisung aus öffentlichen Stadträumen. Reihe Forschungsberichte. Hochschule Luzern: Interact.
- Lüttringhaus, Maria, Richers, H. (HG) (2003): Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn: Stiftung Mitarbeit, Bonn 2003.
- Reiners, Diana, Malli, Gerlinde, Reckinger, Gilles (2006): Bürgerschreck Punk. Lebenswelten einer unerwünschten Randgruppe. Wien: Löcker.